



## Volkspark: das vergessene Projekt?

### INHALT

Volkspark: das vergessene Projekt?

Der Zukunftsplan „Mehr Altona“

Schulreform mit rötlichem Gewand

Ach übrigens: Im Winter kann es zu Schneefällen kommen!

Klausurwochenende der Fraktion in Stade

Altona: Jetzt auch „Ort der Vielfalt“

Buchenhofwald: Das Ende eines traurigen Kapitels

Kurswechsel für die alte Seefahrtsschule

Das neue „alte“ Zentrum von Groß Flottbek

Neuer Fernbahnhof Diebsteich

Das Projekt „Holstenpux“ am Holstenkamp bleibt erhalten

Erste auswärtige Sitzung der Fraktion im Kindermuseum „Klick“

Kennen Sie Ihre Abgeordneten?

Wir sind für Sie da!

Mit großen Ankündigungen und viel Aufwand hatte der CDU-geführte Senat 2006/07 seine Planungen zum Masterplan Volkspark vorangetrieben und noch 2008 vor der Wahl der Bürgerschaft vorgelegt. Großes hatte man geplant, nicht nur Verbesserungen für den Breitensport, sondern auch gleich ein neues Amateurfußballstadion, eine Soccerhalle, einen Hochseilgarten und vieles mehr – alles aufgeteilt in unterschiedliche „Module“. Allein die hierfür notwendigen Gutachten kosteten hunderttausende Euro. Allen Fraktionen Altonas gingen diese Pläne damals zu weit, dem-

pflege. Passiert ist seitdem wenig, abgesehen von dem Bau der lange geplanten Eishalle „Volksbank-Arena“.

So viel Stillstand erschien der SPD-Fraktion merkwürdig, weshalb vor wenigen Wochen eine umfassende Anfrage an Bezirk und Senat gerichtet wurde, in der alle Themen rund um den Volkspark abgefragt wurden. Das Ergebnis ist niederschmetternd! Nicht nur für den Senat, CDU und GAL, sondern auch für alle Beteiligten, Vereine und Organisationen, die sich seinerzeit in den zahlreichen Workshops engagiert hatten. Die Anfang 2008 vorgestellten Pläne,

noch 2008/09 Planungen für beleuchtete Laufstrecken, eine neue Rasenfläche mit BMX-Parcours und eine Neugestaltung der vier Eingangsbereiche (Luruper Chaussee, Hellgrundweg, Farnhornweg und Stadionstraße) erarbeiten. Die Umsetzung der Planung würde rund 2,4 Mio. Euro kosten; eine Finanzierung ist nicht in Sicht. Die Idee der Nutzung des Sonderinvestitionsprogrammes der Bundesregierung scheiterte schon im Ansatz, andere Gelder gibt es derzeit nicht und ob sie jemals kommen werden, steht in den Sternen.

Das Bezirksamt Altona hat fertige Pläne für beleuchtete Laufstrecken und eine Überarbeitung des Wegenetzes in der Schublade, weiß aber nicht, was der Senat darüber denkt. Gleiches gilt für die schönen Pläne der Stadtentwicklungsbehörde für die Multifunktionsfläche, die Volkspark-Eingänge und für den Jugendsportpark bzw. Jugendsport-Treff, den Altona seit vielen Jahren für den Volkspark bzw. für Lurup fordert. Angesichts der Haushaltslage braucht man nur wenig Phantasie, um sich das Ergebnis der Haushaltsberatungen des Senats vorzustellen. Die Gefahr,



Freilichtbühne und Minigolfanlage im Volkspark.

entsprechend sprach sich die Bezirksversammlung für eine Reduzierung aus, forderte aber ausdrücklich Verbesserungen für den Breitensport und für die Aktivitäten rund um Natur- und Landschafts-

welche Maßnahmen mit einem Volumen von sieben Mio. Euro vorsahen, wurden nicht fortgeschrieben und die Projektgruppe des Senats aufgelöst. Immerhin ließ die Stadtentwicklungsbehörde



Karte zum „Masterplan Volkspark“.

dass nach den großen Ankündigungen und Präsentationen weiterhin nichts passiert, ist groß!

Dies wiederum wäre für alle, die bei den vielen Workshops mitgeplant haben, vor allem aber für alle Freizeitsportler und Erholungssuchenden eine bittere Enttäuschung. Bei aller Kritik an den überzogenen Vorstellungen des Masterplans waren sich doch alle einig, dass etwas geschehen muss - die SPD-Fraktion wird sich mit den Auskünften von Bezirksamt und Senat nicht abfinden und weiter darauf drängen, dass die Planungen

für den Breitensport, für die Jugendlichen aus der Nachbarschaft und nicht zuletzt auch für die Pflege des Parks realisiert werden.



Thomas Adrian, Fraktionsvorsitzender, Autor dieses Beitrags

## Der Zukunftsplan „Mehr Altona“

### Eine Chance für die nachhaltige Stadtentwicklung

Die zahlreichen Altonaer Bürgerbegehren der jüngsten Zeit sind ein Indikator dafür, dass es bisher offenbar nicht gelungen ist, die Bürger bei den Veränderungen in ihren Stadtteilen mitzunehmen. Es zeigt sich, dass Stadtplanung und -entwicklung ohne eine echte Bürgerbeteiligung im Planungsprozess heutzutage nicht mehr funktioniert. Damit ist nicht gemeint, dass die moderne Stadtgesellschaft einen Ersatz für ihre repräsentativen Gremien braucht, vielmehr benötigt sie eine Funktionsbereicherung durch diskursive Formen direkter Bürgerbeteiligung. Die eigentlichen Experten sind die Bürger. Sie kennen die tatsächlichen Verhältnisse, Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten vor Ort. Der Zukunftsplan „Mehr Altona“ erscheint daher als richtiger Weg, ein Leitbild für die zukünftige

Entwicklung der Stadtteile Altona-Altstadt, Altona-Nord und Sternschanze zu entwickeln. Dieser Umstand wird auch nicht dadurch entkräftet, dass private Investoren angeblich Nägel mit Köpfen machen. Der Zukunftsplan „Mehr Altona“ geht weit über die Frage einzelner Bauvorhaben hinaus. Es geht um die Zukunftsorientierung der Stadtquartiere, die Gestaltung von Freiräumen und Plätzen, bezahl-

baren Wohnraum sowie Erhalt von Grün- und Freizeitflächen in den Stadtteilen. Wenn politische Kräfte, wie es vor allem die Fraktion der LINKEN in der Bezirksversammlung praktiziert, den Bürgern weiß machen wollen, es gäbe keine Gestaltungsmöglichkeiten, da Konzerne und Politik sich ohnehin schon auf die gewinnmaximale Ausbeutung des Stadtraumes verständigt hätten, dann ist das bei aller berechtig-

ten Kritik an der schwarz/grünen Politik der massiven Flächenprivatisierung im Höchstgebotsverfahren, nichts anderes als das Schüren von Politikverdrossenheit. Die fatalen Folgen dieser destruktiven Radikalopposition sind absehbar: Die Bürger wenden sich vom Planungsprozess ab und überlassen das Feld damit ungewollt den „Experten“ und „Shareholdern“, die versuchen werden ihre fachlichen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

Der Zukunftsplan ist Fortschritt und Chance zugleich. Die große Chance in diesem ergebnisoffenen Planungsprozess ist, dass es gelingen kann, im Dialog zwischen Öffentlichkeit, Verwaltung und Politik ein Planwerk zu entwickeln, das nachhaltige Antworten auf die Frage liefert, wie sich die Stadtteile in den nächsten



Altona – ein Stadtteil so bunt wie diese Fassade.



„Mehr Altona“ – Entwicklung eines lebenswerten Lebensraums für alle.

20 Jahren entwickeln sollen. Nachhaltig deshalb, weil es nur durch eine frühzeitige Beteiligung der Bürger möglich sein wird, nicht nur konkrete

Entwicklungsmöglichkeiten und unterschiedliche Interessenlagen aufzuzeigen, sondern auch Interessenkonflikte zu erkennen und rechtzeitig in die

Planungen miteinzu-  
beziehen.

Das Konfliktpotential ist durchaus gegeben: Allein die Frage der städtischen Nachverdichtung und die Zukunft des Grünzuges Neu-Altona sind so konfliktbehaftet, dass eine auf rein politische Mehrheiten gestützte Planung keine zwei Wahlperioden Bestand haben dürfte – sie würde zum bloßen Gegenstand des Parteienstreits.

Das Ergebnis wären verpasste Chancen und suboptimales Klein-Klein in der Stadtentwicklung. Altona braucht Innovatio-

nen und die Kreativität der Bürger, um sich Zukunftschancen zu eröffnen und Gestaltungsspielräume für notwendige Fortschritte zu schaffen. Gerade daher ist der Masterplan-Prozess sinnvoll und gehört tatkräftig unterstützt.



Mark Classen,  
Autor dieses Beitrags

## Schulreform in rötlichem Gewand Längeres gemeinsames Lernen – mit deutlich sozial-demokratischer Handschrift

Dank des großen Einsatzes unseres Landesvorsitzenden Olaf Scholz und der SPD-Bildungspolitiker in der Hamburgischen Bürgerschaft haben wir jetzt ein Schulgesetz, mit dem auch wir als Sozialdemokraten recht gut leben können. Als unser Erfolg zu verbuchen ist, dass das Elternwahlrecht erhalten bleibt und die Eltern weiterhin frei entscheiden können, auf welche Schulform ihre Kinder nach der sechsjährigen Primarschule wechseln sollen: Stadtteilschule oder Gymnasium.

Die für alle Schüler an allen Schulen bindende Entscheidung der Lehrerkonferenz über den Verbleib der Kinder auf der gewählten Schulform „greift“ nun erst nach der

siebten statt wie bisher nach der sechsten Klasse. Doch auch diese Änderungen an der Schulreform reichten der „Wir wollen Lernen“-Initiative („WWL“-Initiative) nicht, sie haben für den 18. Juli einen Volksentscheid beantragt. Durch die Änderungen an der Schulreform haben nun auch die Hamburger Bürger, die noch im vergangenen Herbst der „WWL“-Initiative zugestimmt haben – häufig maßgeblich wegen des ausgehebelten Elternwahlrechtes – jetzt einen gewichtigen Grund weniger, den Forderungen der Initiative erneut zuzustimmen.

Eine zukunftsweisende „Bereinigung“ der Hamburger Schullandschaft ist auf den Weg gebracht:



Schon der Eingang verspricht  
Bildung: Das Gymnasium  
Altona.

Für die nächsten zehn Jahre wird der „Schulfrieden“ eine bildungspolitische Verlässlichkeit bieten, die Eltern, Schüler und Lehrer in der jüngsten Vergangenheit sehr vermisst haben.

Eine ganze Schülergeneration kann ohne Sorge um etwaige Struktur-

veränderungen ihren Bildungsweg gehen. Auch eine möglicherweise andere Konstellation im Hamburger Rathaus wird keine bildungspolitische Unsicherheit bringen – eine Unsicherheit, die durchaus bestand, wie die Frage einer Schülerin auf einer der ersten „Regionalen Schulkonferenzen“ zeigte: „Und was passiert, wenn andere Personen in der Bürgerschaft die Mehrheit haben?“

Für die inhaltliche Arbeit an den Schulen und in der Behörde ist die jetzt beschlossene strukturelle Sicherheit unerlässlich, dies umso mehr, als die Schulen durch die Einführung der Primarschule ohnehin schon starke und teils beunruhigende Veränderungen bewältigen



Die GHR-Schule Othmarscher Kirchenweg – zukünftig Primarschule.

müssen. Beruhigend ist auch, dass die Stadtteilschule nun nicht mehr Gefahr laufen wird, zu einer „Restschule“ zu mutieren. Es gibt die klare Ansage, dass alle Stadtteilschulen zur Sicherung eines entsprechend grossen Kurs-Angebots, gegebenenfalls auch in den letzten beiden Schuljahren in Kooperation mit

einer gymnasialen Oberstufe, eine eigene Oberstufe bekommen sollen. Nun kann die Stadtteilschule zu dem werden, was sie sein soll: Ein ehrliches Angebot für Eltern und Schüler, eine Schulform, die mit einem Schuljahr länger auch zum Abitur führt, als verlässliche und etwas weniger „stressige“ Alternativen

zu einer gymnasialen Schullaufbahn.

Und noch mehr hat die SPD geschafft: Die Abschaffung des Büchergeldes und garantierte Klassengrößen sind Aspekte der von uns immer wieder geforderten Chancengleichheit im Bildungsbereich. Primarschule, Stadtteilschule und Gymnasium können von dieser Reform nur profitieren!

Ein Manko aber bleibt: In den „Regionalen Schulkonferenzen“ spielten die Überlegungen zu Förderschulen und der „angemessenen Beschulung“ behinderter Kinder eine zu geringe Rolle. Seitens der Behörden wurde etwas vage festgehalten, dass diese Kinder in angemessener Weise in das zu schaffende System integriert werden sollen.

Für dieses Vorhaben fehlen aber noch klare Worte

und sinnvolle Konzepte. Vor allem fehlt die Frage nach den finanziellen und personellen Ressourcen an den Regelschulen, wollen sie denn die förderungsbedürftigen Schüler so angemessen betreuen, wie auch sie es verdienen. Und damit sind wir bei den Finanzen. Woher will dieser Senat – und ein anderer nach der Wahl 2012 – die Mittel nehmen, um dieser Reform richtiges Leben einzuhauchen? Chancengleichheit und eine gute Bildung (sreform) zum Null-Tarif – das gibt es nicht!



Astrid Juster,  
Autorin dieses Beitrags

## Ach, übrigens: Im Winter kann es zu Schneefällen kommen!

Es ist schon ungerecht, dass es eine außerordentliche Schneekatastrophe gibt und keiner Verständnis für fehlenden und mangelhaften städtischen Winterdienst hat, müssen die den Senat tragenden Parteien in den vergangenen Wochen gedacht haben. Dabei war man im Senat doch so vorausschauend: Man wollte mehr Dynamik in den Winterdienst bringen, hat den Bezirken die Mittel für einen eigenständigen Winterdienst genommen und dafür mehr Leistungen an pri-



Es ist Winter – und die Radwege versinken im Schnee.

vate Dienstleister vergeben. Was kann schon die Stadt dafür, wenn diese ihren Verpflichtungen

nicht nachkommen? War das alles denn falsch?

Ja, das war es. Den Bezirken ist konsequent die

Handlungsfähigkeit genommen worden, selbstständig die eigenen Flächen zu räumen. So waren Altonas Plätze und Einkaufsstrassen sowie die anliegerfreien Wege eine einzige Rutschpartie. Auf der anderen Seite gab es Ressourcen, die privaten Grundeigentümer auf ihre Pflichten hinzuweisen. Ohne Frage richtig, aber sollte man nicht zunächst vor der eigenen Tür „schieben“?

Schwarz-Grün in Hamburg war mit der Situation überfordert. Keineswegs hat es sich bei den acht

Wochen Winter um einen Katastrophenfall gehandelt. Doch die Wortwahl erschien zeitweise so. Als dem Ersten Bürgermeister der Kragen platzte, gab es großes Medien-echo. Allerdings hat es Wochen gebraucht, bis sein Senat davon Wind bekam und aktiv wurde. Die Räumung von Radwegen war in den Hamburger Bezirksversammlungen häufiges Thema. So lässt das Hamburgische Wegegesetz die Radwege bei den Räumpflichten aus. Dies führt insbesondere an den Hauptverkehrsstraßen, an denen meist benutzungspflichtige Radwege verlaufen, zu Problemen. Die Radfahrer können eigentlich nur absteigen und schieben, denn Straße und Gehweg sind für sie tabu.

Wer – wie es die Koalitionäre signalisiert haben – den Radfahrern rät, bei schlecht geräumten Straßen eben diese zu nutzen, der handelt grob fahrlässig und widerspricht damit dem Ziel, den Radverkehr in Hamburg zu fördern. Aber für CDU und GAL steht offenbar fest: Radfahren ist Schönwetter-sache!

Das nächste Problem folgte auf dem Fuß: Die Schlaglöcher reißen voraussichtlich 60 bis 80 Millionen Euro Kosten in den Hamburger Haushalt. Der Senat hat immerhin schon mal 10 Millionen Euro als „Sofortmaßnahmen“ bereitgestellt. Gutes Signal, aber wo bleibt der Rest? Einzig positiv ist bislang zu nennen, dass der Bezirk Altona keine Flickschusterei betreiben, sondern die

Asphaltdecken in der Fläche sanieren will. Man kann nur hoffen, dass die Mittel aus dem Senat schnell fließen, damit die Straßenlöcher nicht noch im Herbst offen liegen. Was hat der Senat gelernt? Mit Sicherheit haben die Senatoren und Staatsräte gelernt, nicht jeden Wunsch von Parlamentsrepräsentanten unüberlegt weiterzuleiten. Warum Staatsrat Maaß die eigennützige Forderung vom ehemaligen Bürgerschaftspräsidenten Röder, CDU, auf Räumung seiner eigenen Straße an die Stadtreinigung weitergeleitet hat, konnte der GAL-Politiker bislang nicht erklären. Unabhängig von den persönlichen Verfehlungen: Nun gilt es, die Kompetenzen und Zuständig-

keiten sowie auch die Mittelvergabe zu überdenken und neu zu regeln. Ein Beispiel: Wenn es vier Zuständigkeiten für eine Bushaltestelle gibt, dann läuft hier etwas falsch. Nun bleibt zu hoffen, dass erstens der Senat gelernt hat, dass es im Winter zu Schneefällen kommen kann, und zweitens Hamburg in Zukunft keiner wirklichen Schneekatastrophe ausgesetzt ist - zumindest nicht bis 2012!



Henrik Strate,  
Autor dieses Beitrags

## Klausurwochenende der Fraktion in Stade

Nach der Hälfte der Wahlperiode war es für die SPD-Bezirksfraktion Zeit, turnusmäßig den Vorstand zu wählen, eine Halbzeitbilanz zu ziehen sowie die konkreten Ziele für die zweite Hälfte der Wahlperiode festzulegen. Zu diesem Zweck fuhren die Abgeordneten am 19. und 20. Februar auf ein Klausurwochenende nach Stade. Schon vorab waren sie gebeten worden, per Fragebogen ihre persönliche Meinung zur Arbeit der Bezirksfraktion und zu den Arbeitsschwerpunkten in der ersten Hälfte der Wahlperiode abzugeben und die Themenschwerpunkte für die Arbeit der Fraktion in der

zweiten Hälfte der Wahlperiode zu benennen. Auf Grundlage dieser Befragung entstand während der Klausurtagung eine angeregte Diskussion, auf der die Ergebnisse bewertet und zukünftige Schwerpunkte für die politische Arbeit erarbeitet wurden. Dabei stellte sich heraus, dass der Fokus besonders auf die Themen Wohnungspolitik und Stadtentwicklung sowie Soziales und Gesundheit gelegt werden soll.

Bei den Vorstandswahlen wurde der bisherige Vorstand einstimmig im Amt bestätigt: Thomas Adrian wird als Vorsitzender gemeinsam mit seinen Stellvertretern, Stefan Krappa

und Helga Nikodem, in den kommenden zwei Jahren die Geschicke der Fraktion leiten. Neben den bisherigen Beisitzern, Brigitte Stobbe und Wolfgang Kaeser, wurde zusätzlich Mark Classen neu in dieses Amt ge-

wählt. Hoch motiviert, mit klaren Zielen und gut aufgestellt für den nahenden Wahlkampf beendete die Fraktion das arbeitsreiche Wochenende.

Beitrag von  
Kirstin Strahl-Höhler



Die Fraktion versammelt sich zu einem arbeitsreichen Tagungswochenende im Hotel „Vierlinden“ in Stade.

## Altona: Jetzt auch „Ort der Vielfalt“

Auf der Bezirksversammlung im März haben die Abgeordnete dem Antrag der SPD auf eine Bewerbung des Bezirks Altona um die Anerkennung als „Ort der Vielfalt“ einstimmig zugestimmt. Aber ist Altona nicht schon längst ein Ort der Vielfalt, ist es nicht immer gewesen?

Miteinander ein Dorn im Auge. Sie wollen anderen Hass einreden, Hass auf die Verfechter einer freiheitlichen Demokratie, auf die „Anderen“, die Fremden, die Andersdenkenden, die Andersgläubigen, auf diejenigen, die für Gleichberechtigung der Geschlechter und der

diesen Tagen, dass um uns herum in Europa immer mehr von dieser Saat aufgeht. Nicht mit einem Knall, nicht revolutionär. Nein, ganz so wie es unsere eigene Geschichte lehrt. In einem von innen heraus wachsenden Gemisch aus Akzeptanz und genervter Verharmlosung, aus Ignoranz und „in Vielem haben sie doch Recht“. Und dann geht plötzlich alles ganz schnell, wie gerade in Den Haag und in Almere.

Politik und Verwaltung des Bezirks Altona wollen dagegen jetzt ein deutliches Signal setzen: Sie geben das Versprechen ab, ihre Kommune in jeder erforderlichen Weise zu unterstützen, wenn es darum geht, für Demokratie und Freiheitsrechte, für Vielfalt und deren freie Entfaltung zu kämpfen, und damit unser Altona gegen Freiheitsfeindlichkeit zu immunisieren.

Im besten Sinne eines „Ortes der Vielfalt“ verabschiedeten die Bezirksabgeordneten auch eine Resolution gegen die jüngst von Infoständen der NPD ausgehende Hetze, indem sie sich einmütig schützend vor Abgeordnete stellten, die pöbelnd verunglimpft worden waren. Die geifernde Reaktion der Rechtsextremisten verrät: Das hat Wirkung gezeigt.

Mit der Entscheidung, zum „Ort der Vielfalt“ ernannt zu werden, ist eine Art „Gemeinde-TÜV“ verbunden. Die Antragsteller müssen den Trägern der Initiative - dem Bundesfamilien- und Innen-

ministerium sowie der Bundesstelle für Migration, Flüchtlinge und Integration - gründlich und schlüssig darlegen, wie sie es denn mit der konkreten Umsetzung ihrer „Vielfalt-Ziele“ halten. Institutionalisierte Verbundenheit Altonas mit dem Thema Vielfalt ist keineswegs neu: Bereits seit 2007 gibt es das vom Bezirksamt Altona koordinierte Jugendprojekt „Vielfalt Altona – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus,



„NEIN!“  
zu Rechtsextremismus.

Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Dieses Projekt förderte bislang mit Bundesmitteln beispielhafte, vielfaltfördernde Jugendprojekte. Die Förderung durch den Bund läuft allerdings Ende 2010 aus und schon heute werden Projektanträge nicht mehr angenommen. So wäre es also für den Bezirk Altona als „Ort der Vielfalt“ eine erste gute Möglichkeit, seine Verpflichtung der Vielfalt gegenüber ganz konkret und kräftig zu unterstreichen, indem er dafür sorgt, dass die „Vielfalt-Projekte“ weiterhin gefördert werden.

Beitrag von Astrid Juster



Mehr Informationen zu den Orten der Vielfalt:  
[www.orte-der-vielfalt.de](http://www.orte-der-vielfalt.de)

Ob zu dänischen oder zu deutschen Zeiten, Altona war stets ein sicherer Hafen: für deutschsprachige Juden, die aus Hamburg herausgedrängt wurden, oder für Sepharden von der iberischen Halbinsel. Portugiesisch, Spanisch, Hebräisch und Jiddisch gehörten hier einst zu den Umgangssprachen, so wie Plattdeutsch oder Dänisch. Weltoffenheit und Toleranz war stets Altonas Markenzeichen und ist es, bis auf eine kurze, braune Zeit, auch immer geblieben. Der Ort ist damit gut gefahren und wenn anderswo über Multikulti gestöhnt wird – hier benutzt man die Vokabel kaum, denn ein gut funktionierendes, vielfarbiges Miteinander bereichert den Alltag und man ist es nicht anders gewöhnt. Einigen aber ist diese Liberalität, Toleranz und ein funktionierendes

geschlechtlichen Orientierung entstehen.

Die Rechtsextremisten säen Hass mit alten Parolen, mit einfachen „Wahrheiten“, die schon immer falsch waren und die schon einmal größtes Leid über Europa gebracht haben. Aber diese Unverbesserlichen tun es weiter mit Nachdruck und mit Beharrlichkeit, und sie versuchen vor allem junge Menschen, die noch nach den richtigen Wegen und Werten suchen, in ihre Reihen zu ziehen. Mit den alten rassistischen Vorurteilen, mit Überlegenheitsparolen und Tiraden gegen unser freiheitlich-demokratisches System gehen sie auf Seelenfang. In schwierigen Zeiten finden sie auch unter jenen, die sonst eher demokratisch denken, ihren Humus – „rein protestorientiert“, versteht sich. Die Zeichen mehren sich gerade in

## Buchenhofwald: Das Ende eines traurigen Kapitels

Der Bürgerentscheid war eigentlich eindeutig: Weit mehr als 40.000 Altonaer Bürger wollten den Buchenhofwald an der Osdorfer Landstraße in seiner Gesamtheit ohne Wenn und Aber erhalten, nur 7000 Altonaer konnten sich nach einer bewusst irreführenden Fragestellung eine Bebauung vorstellen. Die Altonaer fühlen sich zu Recht wieder einmal getäuscht und in ihrem Bürgerwillen missachtet – ein Vorfall, der erneut die viel beklagte Parteienverdrossenheit bei den Bürgern verstärken wird. Mindestens 162 Bäume als Teil eines

durch das Bauvorhaben eines Investors auch der restliche Wald, und damit die geschützte Fauna und Flora, in seiner Existenz an diesem Ort bedroht ist. Durch die Bautätigkeit wird es zu einer erheblichen Veränderung des Wasserhaushaltes in diesem Bereich kommen, ein Problem vor allem für die älteren verbleibenden Bäume im südlichen Teil des Waldes, die auf das Grundwasser angewiesen sind. Nicht nur, dass die abgeholzten Bäume gutachterlich größtenteils als besonders erhaltenswürdig eingestuft wurden, jetzt ist auch der Rest des



Auch die Bäume tragen Trauer.



Abgeholzt – so wird es bald auch auf dem Gelände des Buchenhofwaldes aussehen.

ökologisch bedeutsamen, naturbelassenen Primärwaldes mitten in Iserbrook wurden abgeholzt. Dieser Waldbestand war ein natürlicher Lebensraum für seltene, europarechtlich geschützte Tierarten wie Abendsegler, Wasser- und Breitflügelfledermaus sowie schützenswerte Insekten, Amphibien und Vögel. Jetzt muss davon ausgegangen werden, dass

Waldes in seiner Existenz bedroht. Die SPD-Bezirksfraktion Altona hat es sich nicht leicht gemacht: In unserer Verantwortung für das Ganze sind wir Sozialdemokraten immer wieder gefordert, zwischen konkurrierenden Zielen abzuwägen und die für das Allgemeinwohl richtige Entscheidung zu treffen; hier zwischen notwendigem bezahlbarem Wohnraum und dem

Schutz von Natur und Umwelt. Erst nach langen Diskussionen und der Analyse des Bau- und Naturschutzrechtes kamen wir zu dem Ergebnis, dass wir im vorliegenden Falle einer Bebauung des Buchenhofwaldes erst zustimmen können, wenn alle offenen Fragen befriedigend beantwortet sind. Nur ein Bebauungsplan, wie von der SPD-Fraktion immer wieder gefordert, der das deutsche und europäische Naturschutz- und Umweltrecht berücksichtigt hätte, wäre der einzig verantwortbare Weg gewesen.

Die Bürger Altonas haben in beeindruckender Weise „ihren“ Bürgerentscheid gewonnen. Die Hamburger SPD hat vor der Wahl versprochen, die Ergebnisse von Volks- und Bür-

gerentscheiden ernst zu nehmen. Wir haben Wort gehalten und die Umsetzung des Ergebnisses des Bürgerentscheides gefordert. Mit dieser Forderung sind wir gegenüber der Mehrheitskoalition aus GAL und CDU leider gescheitert und 162 wertvolle Bäume wurden gefällt.

Das Waldsterben hat einen neuen Namen: GAL und CDU! Am Ende bleiben nur Trauer und Wut.



Wolfgang Kaeser,  
Autor dieses Beitrags

## Kurswechsel für die alte Seefahrtsschule

Seit mehr als fünf Jahren ist die Zukunft der Seefahrtsschule an der Rainvilleterrasse ungewiss. Es wurden der Erhalt des Gebäudes, künftige Nutzungen bei einer Neubebauung und der Erhalt des umgebenden Parks für die Öffentlichkeit diskutiert, ehe dann das Gelände der Seefahrtsschule durch eine internationale Ausschreibung der Finanzbehörde auf dem Immobilienmarkt angeboten wurde.

Der Senat hatte sich, entsprechend des damaligen Immobilienbooms, gegen den Erhalt des alten Gebäudes und für einen repräsentativen Neubau entschieden.



Das Gebäude der alten Seefahrtsschule steht leer.

Doch mit dem wirtschaftlichen Abwärtstrend der Folgejahre kamen auch die groß angelegten Planungen für das Gelände ins Stocken, und weder die Idee einer Portalklinik noch die Bemühungen für den Neubau einer Reedereizentrale wurden umge-

setzt. Der Stillstand geht nun ins sechste Jahr, obwohl sogar schon ein Bauvorbescheidverfahren nebst Wettbewerb durchlaufen wurde.

Die SPD-Fraktion Altona schlägt nun eine andere Richtung ein und möchte das Gebäude der See-

fahrtsschule erhalten und für die Förderung des kulturellen Lebens und der kreativen Potentiale im Bezirk nutzen. Ein Gutachten soll die Möglichkeiten für die Einrichtung eines Kultur- bzw. Kreativstandortes auf dem Gelände und in dem Gebäude der alten Seefahrtsschule prüfen. Das Ergebnis könnte den ärgerlichen Stillstand an diesem Ort beenden und dem Standort eine neue Zukunft geben. Die Bezirksversammlung Altona hat unseren Antrag zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss verwiesen.

*Beitrag von Thomas Adrian*

## Das neue „alte“ Zentrum von Groß Flottbek

Jeder Stadtteil einer wachsenden Stadt wie Hamburg braucht sein eigenes, unverwechselbares Zentrum. Ohne Zentrum läuft ein Ortsteil Gefahr, durch Zersiedelung und zufällige, nur durch den Kommerz bestimmte Bautätigkeit seinen Charakter und damit auch seine soziale Integrationsfähigkeit zu verlieren. Groß Flottbeks Mittelpunkt profiliert sich nun wieder klarer und diese Entwicklung wird hoffentlich voranschreiten.

Das Zentrum von Groß Flottbek schließt sich südlich an die Osdorfer Landstraße und westlich an die Groß Flottbeker Straße an. Es wird gebildet durch den traditionsreichen

Marktplatz, die südlich anschließende älteste Schule Groß Flottbeks und die wiederum südlich der Schule gelegene, von Ludwig Raabe 1911 erbaute Kirche.

Seit 2009 hat Groß Flottbeks Marktplatz nun eine moderne Infrastruktur. Auf dem westlichen Teil des alten Flottbeker Marktes wurde im Frühjahr 2009 ein Aldi-Markt eröffnet, der neue Marktplatz hat sich stattdessen etwas nach Süden ausgedehnt. Damit war eine Modernisierung der alten, idyllischen Einrichtung vollzogen, die bei den Marktnehmern und Kunden gut ankommt. Unter ästhetischen Aspekten gesehen handelt es sich

allerdings nicht gerade um eine Verbesserung, besonders an marktfreien Tagen vermisst man zudem das versprochene Grün auf der Marktfläche. Jetzt sollen Bäume angepflanzt werden, wenn auch auf Wunsch der Marktnehmer nicht

ganz nach dem ursprünglichen Plan. Immerhin, man kann sich schon mal freuen, besonders weil die SPD im Grünausschuss nicht locker gelassen und immer wieder die Umsetzung des ursprünglichen Konzepts gefordert hat. Es ist auch sehr er-



Der Flottbeker Marktplatz – vorher.

freulich, dass die Stadt Hamburg für die Gestaltung des Fernando-Lorenzo-Platzes im Osten des Flottbeker Markts, wo auch das 1898 enthüllte Mahnmal steht, einen Sonderetat von 50.000

setzung dieser in Aussicht gestellten Verschönerungen. Auch die Instandsetzung der alten Schule Röbbek, eines Ensembles aus rotem Klinker, wurde von der Stadt Hamburg zugesagt. Die Gebäude

Denkmalschutz. Davor konnten junge Menschen ohne Schulabschluss dort den Hauptschulabschluss nachholen. Nachdem die Stadt einen Millionenbetrag für die Instandsetzung bewilligt hat, soll Röbbek jetzt von der Schule Windmühlenweg wieder als Schule genutzt werden. Die Planungen dazu gehen voran. Damit ist gottlob der drohende Verfall des ehrwürdigen Gebäudes gestoppt.

Aldi-Markt hinaus, hin zur Seestraße und von da aus weitergenutzt.

Bewahrung des alten Charakters von Stadtteilen und Modernisierung stehen in einem Spannungsverhältnis, dessen Ausbalancierung stets sorgfältig betrieben werden sollte. Das Zentrum von Groß Flottbek ist ein Beispiel für die Langwierigkeit und Schwierigkeit solcher Ziele. Das gilt insbesondere, wenn jeder Cent wegen horrender Ausgaben für Repräsentativbauten dreimal gewendet werden muss.



Der Flottbeker Marktplatz – nachher.

Euro bereitgestellt hat. Sitzgelegenheiten und Grünanlagen sollen hier zum Ausruhen und zur Kommunikation einladen. Wir warten auf die Um-

wurden in mehreren Bauabschnitten in den Jahren zwischen 1874 und 1905 erbaut, seit dem Jahre 2000 steht das einzigartige Schulgebäude unter

Gesagt werden soll noch, dass seit der Eröffnung des Aldi-Markts auf der ehemaligen westlichen Marktfläche für die Anwohner der westlich des Marktplatzes gelegenen Wohnstraßen ein Verkehrsproblem entstanden ist. Die Zufahrt von der Groß Flottbeker Straße zu Aldi wird gern als Durchfahrtsstraße über den



Dr. Bettina Wehner,  
Autorin dieses Beitrags

## Neuer Fernbahnhof Diebsteich

Über die Verlagerung des Altonaer Fernbahnhofs zum S-Bahnhof Diebsteich wird die Deutsche Bahn AG in Kürze entscheiden. Die Verlagerung des gesamten Fernverkehrs dorthin wäre dann die Folge; die des Regionalverkehrs ist noch offen. Die derzeitige Planung sieht vor, dass der S-Bahnverkehr nach wie vor über den Bahnhof Altona geführt wird. Die Verlagerung schafft auf den freiwerdenden Flächen Gestaltungsmöglichkeiten für Wohnungsbau, Gewerbe, Grünflächen und die Ansiedlung kultureller Institutionen. Ein neuer Stadtteil mitten in Altona

wird entstehen. Unsere Fraktion hat in diesem Zusammenhang in der Bezirksversammlung zwei Anträge gestellt, die unverständlicherweise von

der Schwarz-Grünen Koalition abgelehnt wurden. Mit einem Antrag forderten wir, dass der Fernbahnhof Diebsteich so gebaut werden muss, dass er

den Namen „Bahnhof“ verdient: Er muss der Bedeutung Altonas gerecht und so gestaltet werden, dass er den Ansprüchen einer modernen und attraktiven Bahnhofsstruktur genügt, wie sie in anderen vergleichbaren Städten, zum Beispiel Berlin, Leipzig oder zukünftig in Stuttgart, üblich ist.

Ziel des zweiten Antrags war es, ein weiteres, bisher nicht beachtetes, aber nutzbares Flächenpotenzial östlich der Gauß- und Barnerstraße zu erschließen. Dazu müsste allerdings der S-Bahnverkehr in den Untergrund verlagert werden.



Noch liegen die Flächen um die Ferngleise in Altona brach – zukünftig könnte hier ein neuer Stadtteil entstehen.

Unsere Fraktion hat deshalb eine Machbarkeitsstudie für die Erschließung zusätzlicher Flächenpotenziale auf den Bahnhofsflächen nördlich des Altonaer Bahnhofs und östlich der Gauß- und Barnerstraße gefordert. Auch dieser Antrag wurde von Schwarz-Grün abgelehnt.

Wahrscheinlich ist diese Idee, nämlich weitere nutzbare Flächen zu erschließen, erst dann eine gute Idee, wenn ein ähnlicher Antrag von der Schwarz-Grünen Koalition gestellt wird. Unser



Trotz Umzugs soll der Fernbahnhof weiterhin „Hamburg-Altona“ heißen.

Antrag hätte tatsächlich eine breite Mehrheit verdient gehabt und ist le-

diglich aus parteitaktischen Gründen abgelehnt worden. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo wir uns alle sehr, sehr ärgern werden, dass wir nicht wenigstens die technischen und finanziellen Möglichkeiten einer Verlagerung des S-Bahnverkehrs in den Untergrund im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft haben. Dann wird es möglicherweise zu spät sein.

Der stadtentwicklungspolitische Nutzen ist immens, denn eine solche Lösung würde Lärm-

schutz für die Anwohner an der Barnerstraße bedeuten, könnte zusätzlich die unerfreuliche Situation des Lessingtunnels lösen und eine beachtliche Fläche zusätzlich zur bisherigen Planung für weitere Nutzungen erschließen. Diese Gestaltungsperspektive darf trotz sicherlich bestehender Finanzierungsprobleme nicht von vorneherein verworfen, sondern sollte geprüft werden!

*Beitrag von Thomas Adrian und Wolfgang Kaeser*

## Das Projekt „Holstenpunx“ am Holstenkamp bleibt erhalten

Die Bezirksversammlung hat mehrheitlich einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und GAL zugestimmt und ganz im Sinne der „Holstenpunx“ gehandelt: Das Projekt „Holstenpunx“ wird auch über den 30. Juni 2010 hinaus am Holstenkamp 119 verbleiben. Damit haben die „Holstenpunx“ Planungssicherheit und können in eine sichere Zukunft blicken.

Das Projekt „Holstenpunx“ bietet vormals wohnungslosen Jugendlichen eine gemeinsame Unterkunft und ein selbstständiges, selbstbestimmtes Leben „weg von der Straße“, ermöglicht ihnen dadurch den Abschluss von Schulen und Ausbildungen; damit haben die Jugendlichen eine Perspektive für die eigene Zukunft. Die Mietverträge für das Projekt „Holsten-

punx“ laufen zum 30. Juni dieses Jahres aus, ein Wohnprojekt hat den Zuschlag für eines der Gebäude am Holstenkamp 119 erhalten. Doch wie jüngst in der Presse zu lesen war, können sich das Wohnprojekt, das dort demnächst bauen wird, und die „Holstenpunx“ eine Zusammenarbeit gut vorstellen. Damit ist das von allen Beteiligten als sehr erfolgreich betrachtete Projekt nicht mehr in Gefahr. Eine weitere Forderung der Fraktionen im Antrag ist, dass das von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) geplante Projekt für die Baugemeinschaften durch das Projekt „Holstenpunx“ in seinem Umfang auf keinen Fall gefährdet werden dürfe. Sollte das Projekt „Holstenpunx“ am bisherigen Standort we-



Wohnort der „Holstenpunx“, bevor sie in den Holstenkamp zogen: Der Bahnhof Altona.

gen der Vergabe an Baugemeinschaften nicht fortgesetzt werden können, werde das Bezirksamt gebeten, sich bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), BSG und dem Immobilienmanagement in der Finanzbehörde dafür einzusetzen, dass das Haus 8 auf dem Gelände Holstenkamp 119 als Ausweichquartier für die

„Holstenpunx“ zur Verfügung gestellt und hergerichtet wird. Zur Finanzierung des Vorhabens wird das Bezirksamt gebeten, unter Beteiligung der vorstehend genannten Fachbehörden verschiedene Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen. Durch das Votum der Bezirksversammlung Altona stehen dem Projekt „Holstenpunx“ im Haus 8 künftig 22 Plätze zur Verfügung, das sind sechs Plätze mehr als bisher. Solch erfolgreiche Projekte verdienen die Unterstützung der Politik!



*Antje Mohr, Autorin dieses Beitrags*

## Erste auswärtige Sitzung der Fraktion im Kindermuseum „Kl!ck“



Interessierte Bürger verfolgen die öffentliche Fraktionssitzung.

Auf der Klausurtagung der SPD-Fraktion Altona im Februar in Stade wurde neben vielen anderen Themen auch über eine Verbesserung der Kontakte zwischen Politikern und Bürgern gesprochen. Ein Ergebnis der Überlegungen war die Einführung von öffentlichen Fraktionssitzungen im Bezirk Altona. Die erste öffentliche Sitzung der SPD-Bezirksfraktion Altona unter dem Motto „Fraktion im Stadtteil“ fand nun im April im „Kl!ck“-Kindermuseum am Osdorfer Born statt.



Gespräche mit den Kindern im Spielhaus Bornheide.

Die Tagung vor Ort wurde von den Bezirkspolitikern genutzt, um vor Beginn der Sitzung verschiedene Einrichtungen am Osdorfer Born zu besuchen. So informierten sie sich im „Spielhaus Bornheide“ über die Arbeit der offenen Kinder- und Jugendarbeit und im Stadtteilbüro „Osdorfer Born“ über Belange, die für die Zukunft des Osdorfer Borns wichtig sind. Die Besuchstermine schlossen mit einer Führung durch das Kindermuseum „Kl!ck“ ab, bevor die Bürger sich dort zur Fraktionssitzung einfanden. Auf der Sitzung konnten interessierte Altonaer Bürger hautnah erleben, wie die von ihnen gewählten Bezirkspolitiker Politik machen. Die Resonanz auf die öffentliche Sitzung war gut, und die

ten somit die Besucher auf den aktuellsten Stand zu den Themen bringen. Die Neueinteilung der Wahlkreise, das weitere Vorgehen im Volkspark und Lurups grüne Mitte waren weitere Punkte auf der Tagesordnung, die die Fraktion in ihrer Sitzung thematisierte. Die Besucher nutzten die Gelegenheit, um mit den Politikern über diese Themen rege zu diskutieren. Zum Abschluss der öffentlichen Fraktionssitzung wurde die kommende Bezirksversammlung vorbereitet. Die vielen Fragen und Anregungen aus den Reihen der Besucher haben gezeigt, dass Politik alle interessiert, sofern sie nicht hinter verschlossenen Türen gemacht wird. Die erste öffentliche Fraktionssitzung war ein Erfolg und wird zukünftig regelmäßig in verschiedenen Stadtteilen Altonas stattfinden.

*Beitrag von  
Alexander Hund und  
Kirstin Strahl-Höhler*



Vor der Sitzung besuchte die Fraktion das „Kl!ck“.

## Kennen Sie Ihre Abgeordneten?

In dieser Ausgabe möchten wir Ihnen zwei weitere SPD-Abgeordnete in der Altonaer Bezirksversammlung vorstellen:

### Behcet Algan



**Persönliches:**

Geb. am 01.01.1953 in Adana, Türkei, kam 1979 nach Hamburg. Er ist verheiratet, hat drei Kinder, lebt in Lurup und ist selbstständiger Friseurmeister mit Salon in Ottensen. Er interessiert sich für Fußball (Fan von Galatasaray Istanbul) und war 15 Jahre im Vorstand von „Önekspor“, Hamburg.

**Kontakt:**

alganbehcet@web.de

**Ich finde Altona lebens- und liebenswert, weil...**

Altona wie ein Dorf ist - das harmonische Miteinander verschiedener Nationen sollte Vorbild für ganz Deutschland sein.

**Politisches:**

Er wurde über die Bezirksliste gewählt, ist sportpolitischer Sprecher und arbeitet im Verkehrsausschuss sowie im Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport.

### Henrik Strate



**Persönliches:**

Geb. am 18.09.1981, lebt in Rissen. Er ist Student der Stadtplanung an der HCU Hamburg und interessiert sich neben der Politik für Modellbau, Fahrrad fahren und ist Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr.

**Kontakt:**

Post@HenrikStrate.de

**Ich finde Altona lebens- und liebenswert, weil...**

Altona die schönsten Seiten von ganz Hamburg repräsentiert.

**Politisches:**

Er repräsentiert den Wahlkreis Blankenese, ist verkehrspolitischer Sprecher sowie Mitglied im Planungs- und im Bauausschuss.

## Wir sind für Sie da!



**Alexander Hund:**

Fraktionsgeschäftsführer

**Kontakt:**

hund@spdfraktionaltona.de

Tel. 040 - 389 53 32

Fax. 040 - 38 61 56 43

**Kirstin Strahl-Höhler:**

Fraktionsassistentin

**Kontakt:**

strahl-hoehler@spdfraktionaltona.de

Tel. 040 - 389 53 32

Fax. 040 - 38 61 56 43



### IMPRESSUM

V.i.S.d.P: Thomas Adrian  
SPD-Fraktion Altona  
Max-Brauer-Allee 20  
22765 Hamburg

info@spdfraktionaltona.de  
www.spdfraktionaltona.de

Redaktionelle Bearbeitung, Layout und Fotos:  
Alexander Hund  
Kirstin Strahl-Höhler